Landtag Nordrhein-Westfalen

17. Wahlperiode



Ausschussprotokoll APr 17/340

06.07.2018

7

7

Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen

29. Sitzung (öffentlich)

6. Juli 2018

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 14:10 Uhr

Vorsitz: Stefan Kämmerling (SPD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Zur Tagesordnung 7

a) Zeitrahmen der heutigen Sitzung

Der Ausschuss kommt überein, den bisherigen Tagesordnungspunkt 6 "Studie zur Städtebauförderung: Erfolgsfaktoren und Hemmnisse der Fördermittelbeantragung, -bewilligung und -abrechnung" je nach Stand der Diskussion vorzuziehen oder später aufzurufen, um den Beginn um etwa 12:00 Uhr zu ermöglichen.

b) Änderung der Tagesordnung

Der Ausschuss kommt überein, den bisherigen Tagesordnungspunkt 1 "Überschuldete Kommunen finanziell handlungsfähig machen! Die Landesregierung muss die Initiative für einen kommunalen Altschuldenfonds ergreifen!" auf die nächste Ausschusssitzung zu verschieben. Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen 29. Sitzung (öffentlich)

06.07.2018

c) Verfahren zum Tagesordnungspunkt "Gesetz zur Modernisierung des Bauordnungsrechts in Nordrhein-Westfalen – Baurechtsmoderni sierungsgesetz (BauModG)"

8

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der AfD, dass es sich bei dem Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/3036 nicht um grundlegende Veränderungen handelt.

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD, keine weitere Anhörung durchzuführen.

1 Gesetz zur Modernisierung des Bauordnungsrechts in Nordrhein-Westfalen – Baurechtsmodernisierungsgesetz (BauModG)

20

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/2166

Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 17/3036

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/3044

Ausschussprotokoll 17/272

Der Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/3036 wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der AfD-Fraktion angenommen.

Der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/3044 wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der SPD-Fraktion abgelehnt.

Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen 29. Sitzung (öffentlich)

06.07.2018

Sodann empfiehlt der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den so geänderten Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/2166 anzunehmen.

2 Studie zur Städtebauförderung: Erfolgsfaktoren und Hemmnisse der Fördermittelbeantragung, -bewilligung und -abrechnung (s. Anlage 1)

Vorlage 17/617

3 Chancen der Digitalisierung erkennen und nutzen

51

42

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 17/2058

Ausschussprotokoll 17/313

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, den Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 17/2058 anzunehmen.

4 Land muss Verantwortung für Geduldete übernehmen und Kommunen dauerhaft finanziell entlasten

53

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/2550

in Verbindung mit

Wann verbessert die Landesregierung die Kostenerstattung für geduldete Flüchtlinge? (s. Anlage 2)

Bericht der Landesregierung Vorlage 17/962

Der Ausschuss kommt überein, das weitere Verfahren in einer Obleuterunde zu klären.

Vorlage 17/966

	schuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen 06.07 Sitzung (öffentlich)	7.2018
5	Gesetz zur Änderung des Teilhabe- und Integrationsgesetzes	54
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/2659	
	Der Ausschuss kommt überein, sich an der Anhörung des federführenden Integrationsausschusses pflichtig zu beteiligen.	
6	Wohnraumpotential in Handelsimmobilien in Nordrhein-Westfalen	55
	Bericht der Landesregierung Vorlage 17/953	
7	Evaluierung der Befristung nach § 2 BauGB-AG NRW (s. Anlage 3)	57
	Bericht der Landesregierung Vorlage 17/954	
8	Umsetzung des Konzepts "Starkregen" und kommunale Erfahrunger aus den Projekten "Kommunaler Klimaschutz.NRW" und "Gründ Infrastrukturen NRW" (s. Anlage 4)	
	Bericht der Landesregierung Vorlage 17/956	
9	Bauland an der Schiene – Siedlungsflächen an Haltepunkten des schienengebundenen Personennahverkehrs	s 61
	Bericht der Landesregierung Vorlage 17/961	
10	Wann veröffentlicht die Landesregierung die Eckpunkte für das GFC 2019? (s. Anlage 2)	64
	Bericht der Landesregierung	

Ausschuss für Heimat, Kommunales,	Bauen	und Wohnen
29. Sitzung (öffentlich)		

06.07.2018

11 Wie bewertet die Landesregierung die auf dem CDU-Landesparteitag beschlossene Abschaffung der Stichwahl für kommunale Hauptverwaltungsbeamte? (s. Anlage 2)

66

Bericht der Landesregierung Vorlage 17/941

12 Terminplanung für das Jahr 2019

67

Der Ausschuss stimmt der vorgelegten Terminplanung für das Jahr 2019 zu.

13 Verschiedenes

68

a) Anhörung von Sachverständigen zur IGA 2027

68

b) Bundesratsverfahren

70

c) Verfahren zum Entwurf zum "Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes zur Stärkung des Kreistags und zur Änderung kommunalrechtlicher, haushaltsrechtlicher und steuerrechtlicher Vorschriften"

71

Drucksache 17/2994

Der Ausschuss trifft den Vorratsbeschluss, zum Entwurf zum "Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes zur Stärkung des Kreistags und zur Änderung kommunalrechtlicher, haushaltsrechtlicher und steuerrechtlicher Vorschriften" Drucksache 17/2994 eine Anhörung durchzuführen und das weitere Verfahren, insbesondere den Termin und die Anzahl der Sachverständigen in einer Obleuterunde zu klären.

d) Abschied von Sven Wolf (SPD) aus dem Ausschuss

72

* * *

Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen 29. Sitzung (öffentlich)

06.07.2018

5 Gesetz zur Änderung des Teilhabe- und Integrationsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/2659

Bernhard Hoppe-Biermeyer (CDU) teilt mit, nach seiner Information führe der federführende Integrationsausschuss am kommenden Dienstag eine Anhörung durch, die man abwarten möge. Auf Nachfrage des Vorsitzenden Stefan Kämmerling spricht er sich für eine pflichtige Beteiligung an der Anhörung aus.

Der Ausschuss kommt überein, sich an der Anhörung des federführenden Integrationsausschusses pflichtig zu beteiligen.